

Jochen Körtner

## *Michael Alberts 'Parecon'*

*oder: Wie könnte eine postkapitalistische Wirtschaftsordnung aussehen?*

Parecon ist eine makroökonomische Utopie, der Versuch, ein komplettes Wirtschaftssystem als Alternative zum Kapitalismus zu entwerfen, das kein Privateigentum kennt und weder auf Marktwirtschaft noch Zentralplanung beruht, sondern auf Selbstbestimmung und freier Assoziation. Das kann nicht gut gehen, dachte ich, als ich begann, das Buch zu lesen. Ich war jedoch angenehm überrascht. Es ist mutig, einen so großen Wurf zu wagen und damit zur Tür heraus zu kommen. Und ich finde, es lohnt, sich damit auseinander zu setzen. Ich bin gespannt, was ihr sagt.

Das Buch ist 2003 unter dem Titel 'Parecon - Life After Capitalism' in der amerikanischen Originalausgabe erschienen. Michael Albert, geboren 1947, ist Autor und politischer Aktivist in der amerikanischen anarchistisch-sozialistischen Selbstverwaltungsbewegung. Er lebt in Boston (Massachusetts/USA) und ist Herausgeber der Internetplattform Znet, Mitherausgeber und Mitbegründer des politischen Webmagazins Z-Magazine (Z-Mag) und Gründer des Verlags South End Press.

### *Worauf kommt es an? Prüfsteine einer neuen Wirtschaftsordnung*

Bevor man sich daran macht, die Utopie einer postkapitalistischen Wirtschaft zu entwerfen, scheint es sinnvoll zu sein, sich zunächst einmal darüber zu verständigen, welches die grundlegenden Kriterien sind, anhand derer man ein Wirtschaftssystem beurteilt. Michael Albert beginnt daher mit einer Diskussion fundamentaler Werte zur Beurteilung eines Wirtschaftssystems, die ich hier kurz referieren möchte.

#### *Gerechtigkeit*

Gerechtigkeit in Bezug auf die Wirtschaft bedeutet (a) Gerechtigkeit der Einkommensverteilung und (b) Gerechtigkeit der Arbeitsteilung, d.h. der Belastung bzw. Begünstigung durch die Arbeit.

#### *Gerechtigkeit des Einkommen*

Was ist ein 'gerechter Lohn'? Es werden 4 Modelle diskutiert: (a) Einkommen nach Leistung durch produktives Eigentum, (b) Einkommen nach persönlicher Leistung, (c) Einkommen nach Einsatz/Entbehrung ('Mühe'), (d) Einkommen nach Bedarf. Es existiert auch noch ein fünftes Modell, welches zwar sehr verbreitet, jedoch aufgrund seiner offenkundigen Amoralität nicht ernsthaft diskutiert wird: Einkommen durch Macht.

#### *Einkommen nach Leistung durch produktives Eigentum*

Die Logik dieser Position ist etwa die folgende: "Wenn ich einen Traktor besitze, du aber nur eine Hacke, dann bin ich produktiver als du und kann einen größeren Beitrag zur Nahrungsmittelproduktion des Landes leisten. Dann ist es ja wohl nur fair, wenn ich auch mehr dafür erhalte" (PAR, S.36). Hiergegen spricht das Beispiel von 'Rockefellers Enkel': Dieser würde allein aufgrund seines Besitzes ein 1000 mal höheres Einkommen erhalten, als "die bestens ausgebildete, hoch produktive und hart arbeitende Tochter eines armen

Mannes - auch wenn der junge Rockefeller in seinem ganzen Leben noch keinen Tag gearbeitet hat, während die Tochter des Armen seit 50 Jahren Dienst für andere leistet" (PAR, S.37), was offensichtlich ungerecht wäre. Was für ererbtes Eigentum gilt, gilt natürlich auch für Vermögen, an das man aufgrund glücklicher Umstände gelangt ist. Wie aber steht es mit erarbeitetem Vermögen, gewonnen durch harte Arbeit bei kargem Leben? Unter dem Gesichtspunkt der Einkommensgerechtigkeit ist es im Grunde gleichgültig, wie das Vermögen entstanden ist. Allein die Vorstellung, dass purer Besitz eine Einkommensquelle darstellt, wird als ungerecht empfunden. Es spricht nichts dagegen, das hart erarbeitete Vermögen zu verbrauchen, sondern es spricht etwas dagegen, daraus Einkommen zu erzielen.

#### *Einkommen nur nach persönlicher Leistung*

Hierbei handelt es sich um die Honorierung der Arbeit nach dessen Resultat. Das hört sich zunächst gut an, das Problem dabei ist, dass das Resultat meiner Arbeit in den wenigsten Fällen nur von mir abhängt. "Was ich in meiner zusätzlichen Arbeitsstunde an Wert schaffen kann, hängt davon ab, wie viel ich vorher schon gearbeitet habe, wie viel und wie gut meine Kollegen arbeiten, an welchen Maschinen wir arbeiten, was wir überhaupt produzieren etc." (PAR, S.41). Auch körperliche Vorteile oder eine gute Ausbildung ermöglichen U.U. eine höhere Leistungsfähigkeit, sie sind jedoch nicht als 'Verdienst' anzusehen und rechtfertigen daher keine höhere Entlohnung. Die eigene Körperlichkeit entspringt (zumindest derzeit noch) einer Laune der Natur und aus einer guten Ausbildung könnte nur dann ein Anspruch abgeleitet werden, wenn ich sie selbst bezahlt oder sie mir besondere Mühe gemacht hätte (im Vergleich zu normaler Erwerbsarbeit), und dann auch nur entsprechend dem Umfang meiner Aufwendungen. "Ist es wirklich fair, dem Gehirnochirurgen - selbst wenn er länger arbeitet als die meisten Arbeiter - das Zehnfache des Lohns eines Müllwerkers zu bezahlen, der unter den widerlichsten Bedingungen eine 40- bis 50-Stunden- Woche überstehen muss? Auch wenn ein Medizinstudium kostspielig ist, ja selbst wenn es anstrengender wäre als die Müllarbeit (gewiss eine ziemlich lächerliche Annahme), so dürfte das kaum begründen, warum der Arzt ein Leben lang für seine zeitweiligen Entbehrungen fürstlich entschädigt werden muss" (PAR, S.42f).

#### *Einkommen nach Einsatz und Entbehrung*

Nachdem Eigentum und persönliche Leistung als Einkommensmaße ausfallen, bleibt die Entlohnung "nach geleistetem Einsatz oder erbrachtem Verzicht. (...) Unter 'Einsatz' verstehen wir hier das persönliche Opfer, das jemand erbringen muss, um seinen wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Der besondere Einsatz kann in längerer Arbeitszeit bestehen oder in einer anstrengenderen, unangenehmeren, ungesunden oder gefährlichen Tätigkeit. Es kann auch eine besonders fordernde Ausbildung sein, unangenehmer als die anderen Fächer oder selbst als die übliche Berufsarbeit" (PAR, S.43).

Lässt man es etwas sacken, ist die Entlohnung nach Einsatz tadellos gerecht, da gibt es nichts zu meckern. Allerdings gibt es auch hier ein Problem. Das ist z.B. der 'Verkehrsunfall': Jemand verliert die Fähigkeit, im Rahmen der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten Einsatz zu zeigen bzw., wie im Fall von Behinderungen, hat diese nie gehabt. Hier scheitert diese Form der Entlohnung bzw. muss ergänzt werden, und zwar durch die Entlohnung nach Bedarf.

#### *Entlohnung nach Bedarf*

Im wirtschaftlichen Sinne ist die Entlohnung nach Bedarf (für den Fall, dass kein ökonomischer Beitrag geleistet werden kann) ungerecht, aber es ist eigentlich auch gar keine Entlohnung, sondern ein Akt der Mitmenschlichkeit, der für jede sich human verstehende Gesellschaft selbstverständlich sein sollte.

## *Gerechtigkeit der Arbeitsteilung*

Neben der Entlohnung ist die Frage der Arbeits(ver)teilung unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit zu betrachten. "Warum darf eigentlich der eine unter angenehmen und erfüllenden Bedingungen arbeiten, während die andere deprimierende und erschöpfende Zustände aushalten muss? Ist dieser Unterschied wirklich gerechtfertigt? Kann es moralisch sein, dass Anthony dabei besser dasteht als Arundhati?" (PAR, S.44). Wie schon bei der Diskussion der Einkommensfrage angeklungen, können weder Eigentum, noch eine höhere Begabung oder eine bessere Ausbildung zur Rechtfertigung solcher Unterschiede herhalten, im Gegenteil. "Für unterschiedliche Arbeitsbedingungen kann es nämlich nur eine Rechtfertigung geben: Es muss der Produktion - und somit allen - nützen. Dann müsste aber für diejenigen, die dabei schlechter gestellt sind, ein Ausgleich geschaffen werden" (PAR, S.44). Unterschiedliche Arbeitsbedingungen sollten also möglichst ausgeglichen werden. Ist das nicht (vollständig) möglich, sollten schlechtere Arbeitsbedingungen durch ein höheres Einkommen ausgeglichen werden.

## *Selbstbestimmung*

Mit der Forderung nach Selbstbestimmung stellt sich die Frage nach Macht und Partizipation im Wirtschaftsleben. Wie und durch wen sollen welche Entscheidungen getroffen werden? Die folgenden drei Alternativen werden diskutiert: (a) Entscheidungen werden von einer Elite getroffen (autoritäre Führung), (b) Entscheidungen werden 'demokratisch' getroffen (egalitäre Machtverteilung, jede/r hat eine Stimme), (c) Entscheidungen werden von denen getroffen, die von der Entscheidung betroffen sind, und zwar nach Maßgabe ihrer Betroffenheit.

### *Autoritäre Führung*

Es ist natürlich offensichtlich ungerecht und widerspricht dem Grundsatz der Selbstbestimmung, wenn eine Elite über die wirtschaftlichen Angelegenheiten aller zu bestimmen hat. Nichtsdestotrotz ist es im Kapitalismus üblich. "Im Bereich der Politik wird so etwas als Diktatur oder Oligarchie bezeichnet und allgemein abgelehnt, da es mit den menschlichen Grundrechten unvereinbar ist. Doch wenn es falsch sein soll, eine politische Elite über unsere politischen Angelegenheiten bestimmen zu lassen (...) dann kann es nicht richtig sein, dass eine Wirtschaftselite über unsere wirtschaftlichen Angelegenheiten allein entscheidet" (PAR, S.45). Das ist natürlich nur aufgrund der herrschenden Eigentumsordnung möglich.

### *Egalitäre Machtverteilung*

Eine demokratische Entscheidungsstruktur (Jede/r eine Stimme) klingt zunächst sehr sympathisch. Eine egalitäre Machtverteilung scheint auszuschließen, dass wenige über viele bestimmen können. Bei etwas genauerem Hinsehen stellt sich die Situation jedoch nicht so einfach dar. Sollen z.B. "die Arbeiter bei General Motors, die bei Boeing und auch die in meinem Supermarkt gleichberechtigt darüber abstimmen, ob man bei Ford die Mittagspause auf 12 Uhr oder auf 12.30 Uhr festlegt?" (PAR, S.45) Nein, denn das ist offensichtlich eine Angelegenheit von Ford. Gleiches Stimmrecht ist also nur dann angemessen, wenn die Beteiligten auch gleich von der Entscheidung betroffen sind. Das Prinzip 'one man one vote' bedarf also der Differenzierung.

### *Entscheidungskompetenz nach dem Grad der Betroffenheit*

Dieses Prinzip der Entscheidungsfindung berücksichtigt die Tatsache, dass sich die Konsequenzen von Entscheidungen nicht auf alle gleichermaßen auswirken. Daher soll nach Möglichkeit "jeder einen Einfluss ausüben können, dessen Stärke seinem Betroffen-

heitsgrad proportional ist. Meine Stimme soll um so mehr Gewicht haben, je stärker ich tangiert bin, d.h. je mehr die Folgen der Entscheidung mein Leben beeinträchtigen würden" (PAR, 5.46). Hier besteht das Problem wahrscheinlich darin, entsprechende Entscheidungsverfahren konkret auszuklügeln.

### ***Vielfalt***

Viele Wege führen nach Rom, und welches der beste ist, weiß man eigentlich erst, wenn man sie alle beschritten hat (also nie). Eine Wirtschaft sollte eine möglichst große Vielfalt an Produkten und Produktionsverfahren (auch für denselben Zweck) hervorbringen. "Die Menschen sind verschieden, und das ist auch gut so" (PAR 5.46). Geschmäcker und Präferenzen der Menschen sind unabänderlich verschieden, das ist ein Argument für die Vielfalt. Es gibt aber auch noch zwei weitere, im engeren Sinne ökonomische Gründe für die Vielfalt. Durch die Herstellung oder Nutzung vieler verschiedener Produkte bzw. Produktionsverfahren für denselben Zweck lassen sich erstens die Auswirkungen von Planungs- und Produktionsfehlern begrenzen. Produkt- oder Verfahrensfehler betreffen immer nur einen Teil der Wirtschaft und eine Alternative ist stets verfügbar. Zweitens können neue, U.U. bessere Produkte und Produktionsverfahren erprobt werden. Sie können sich so als praxistauglich erweisen, ohne dass man sich gleich hundertprozentig von ihnen abhängig machen muss. "Es würde also für die Überlegenheit eines Wirtschaftssystems sprechen, wenn es - ohne andere Werte zu beeinträchtigen - generell die Vielfalt fördert" (PAR, 5.47).

### ***Solidarität***

"Wer würde nicht beim Vergleich zweier Wirtschaftssysteme, die ansonsten all unsere Forderungen erfüllen, zugeben, dass mehr Solidarität besser ist als weniger? Es ist eine gute Sache, wenn den Menschen das Wohl ihrer Mitmenschen am Herzen liegt, und es ist schlecht, wenn sie einander nur als Feinde, allenfalls als Ausbeutungsobjekte wahrnehmen. Dem wird wohl jeder zustimmen, der sich überhaupt noch als progressiv empfindet" (PAR, 5.47)

### ***Effizienz***

"Eine Wirtschaft, deren Institutionen zwar unsere Forderungen perfekt erfüllen, die jedoch vor der ökonomischen Hauptaufgabe versagt, nützt uns gar nichts. Damit ist eine Wirtschaft gemeint, die nicht in der Lage ist, bekannte Bedürfnisse zu stillen, oder die das nur eingeschränkt schafft, weil sie weniger oder schlechtere Güter bereitstellt, als bei effizienterem Operieren möglich wäre" (PAR, 5.48).

### ***Ökologische Nachhaltigkeit***

Angesichts des Untergangs unserer Zivilisation (oder doch zumindest großer Teile ihrer Küstenregionen) in dem von Menschen selbst hervorgerufenen ökologischen Desaster scheint mir die Formulierung eines zusätzlichen Kriteriums zur Beurteilung der Wirtschaft der Zukunft überfällig zu sein, nämlich das der ökologischen Nachhaltigkeit. Jedes Wirtschaftssystem sollte in puncto materieller Austausch mit diesem Planeten im Rahmen der Reproduktionsfähigkeit von dessen Biosphäre bleiben (zu der Frage, wie man das anstellen könnte, finden sich andernorts genügend Ideen). Ich finde, dieses Kriterium fehlt in Michael Alberts Konzeption, daher füge ich es hinzu.

## ***Beurteilung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anhand der gewonnenen Kriterien***

Nachdem wir unsere Beurteilungskriterien beisammen haben, wollen wir sie ausprobieren, und zwar an unserer eigenen Wirtschaftsordnung, dem Kapitalismus. Dabei werden wir wichtige Einsichten gewinnen, die uns anschließend für das Verständnis der Parecon von Nutzen sein werden.

### ***Privateigentum an den Produktionsmitteln***

Kapitalismus ist eine Kombination von Privateigentum an den Produktionsmitteln und Marktwirtschaft. Das Privateigentum kollidiert mit den Forderung nach Einkommensgerechtigkeit, Selbstbestimmung und Solidarität.

Nach der vorangegangenen Diskussion der Einkommensgerechtigkeit sollte klar sein, dass der mit dem Privateigentum verbundene Einkommensanspruch nicht zu rechtfertigen ist. Überdies verschafft der Eigentumstitel dem Eigentümer das Entscheidungsprivileg bei der Verwendung des Eigentums, obwohl u.U. (und i.d.R.) andere deutlich stärker von den Konsequenzen dieser Entscheidungen betroffen sind. Dies wird deutlich, wenn man z.B. an Betriebsverlagerungen oder -schließungen denkt, durch die ganze Regionen ökonomisch veröden können, ohne dass die Betroffenen nur das geringste Mitspracherecht hätten. Auch der hierarchische Organisationsaufbau der Betriebe basiert auf dem Eigentumsrecht (s.u.). Dies alles ist natürlich unvereinbar mit dem Grundsatz der Entscheidungsbeteiligung nach Betroffenheit.

Schließlich wirkt das Privateigentum entsolidarisierend. Es spaltet die Menschen in zwei Klassen, Eigentümer und Besitzlose, und bringt die Besitzlosen durch den Zwang zur Lohnarbeit zu den Eigentümern in einen antagonistischen Interessenwiderspruch (möglichst viel Arbeit für möglichst wenig Geld versus möglichst wenig Arbeit für möglichst viel Geld).

### ***Hierarchische Arbeitsteilung im Unternehmen***

Die hierarchische Arbeitsteilung führt zur Bildung einer "Pyramide der Arbeitsplatzqualitäten" (PAR, 5.51), indem Aufgaben mit höheren Qualifikationsanforderungen, Befugnissen und Selbstverwirklichungspotentialen in den oberen Stockwerken der Pyramide und belastende, gefährliche, monotone und fremd bestimmte Tätigkeiten in den unteren Stockwerken angesiedelt werden. Diese Form der Arbeitsteilung führt zu einer Konzentration von Kompetenz in den Führungspositionen, während die große Mehrheit der Belegschaft machtlos bleibt. Selbst wenn formale Demokratie im Unternehmen herrschte, würde aufgrund dieser Form der Arbeitsteilung dem größten Teil der Belegschaft die Fähigkeit, das Selbstvertrauen und die Informationen fehlen, ihre formale Macht auch tatsächlich zu nutzen. "Wenn man - infolge der Arbeitsteilung - daran gewöhnt ist, dass wenige befehlen und viele gehorchen, dann verträgt sich das nicht mit gleichwertiger Teilhabe aller. Dann ist auch die formale Demokratie nicht mehr nur eine Fassade vor der diskursiven Ungleichheit, sondern eine lästige Verschwendung von Zeit und Energie" (PAR, 5.52). Die Selbstbestimmung ist also "ein sicheres Opfer" (PAR, 5.52) der hierarchischen Arbeitsteilung.

Auch mit der Solidarität steht es nicht zum Besten, wie man sich denken kann. Die Form der Arbeitsteilung führt zur Bildung einer 'Koordinatorinnenklasse', wie Michael Albert sie nennt, und einer Klasse von 'Befehlsempfängern'. "Die beiden Klassen zeigen sich völlig gegensätzlich: In Sitten, Stil, Bekleidung, selbst in der Sprache. Die eine Klasse monopolisiert die Informationen, das Wissen, die Ausbildung, die damit einhergehende Kunst sich zu präsentieren und auszudrücken, nicht zuletzt die Verhandlungsstärke, die man benötigt, um sein Einkommen zu maximieren. Die andere Klasse schleppt sich unter

ihren unerträglichen Arbeitspflichten dahin, ist ihrer schlechten Einkommenssituation ohnmächtig ausgeliefert und kann von Fortbildung nur träumen. Sie schwankt zwischen Unterwerfung und - so sie sich ihrer Lage bewusst wird - zorniger Rebellion" (PAR. 52). Die Koordinatoren überwachen und verachten die Befehlsempfänger, und diese hassen ihre 'arroganten' Vorgesetzten. Und wenn "der andere nur als Feind oder Überwachungsobjekt erscheint, bleibt für Solidarität kein Raum mehr" (PAR, 5.53).

Auch mit einer gerechten Einkommensverteilung ist die hierarchische Arbeitsteilung nicht vereinbar. "Wenn es eine Machthierarchie gibt, dann können wir geradezu sicher sein, dass die Höhergestellten ihren Vorsprung dazu nutzen werden, die Einkommensverteilung zu ihren Gunsten zu beeinflussen" (PAR, 5.53). Dies wird mit einer entsprechenden elitären Ideologie gerechtfertigt (Wissen, Ausbildung, Verantwortung, etc.). "So folgt aus dem bekannten Machtvorsprung der zugehörige Einkommensvorsprung" (PAR, 5.53).

## *Märkte*

Auf dem idealen Markt stehen sich Käuferinnen und Verkäuferinnen jeweils individuell gegenüber. Die Verkäuferinnen versuchen, zu einem möglichst hohen Preis zu verkaufen, die Käuferinnen zu einem möglichst geringen zu kaufen. Untereinander stehen die Mitglieder beider Gruppen jeweils in Konkurrenz zueinander, wodurch beide Gruppen gezwungen sind, jeweils an ihr Limit zu gehen, um ins Geschäft zu kommen.

## *Gerechtigkeit*

Wie gerecht sind Märkte? Es wird unterstellt, dass alle Marktteilnehmer die gleiche Verhandlungsmacht am Markt (Marktmacht) haben. Das ist allerdings offensichtlich nicht der Fall. Die Marktmacht der Beteiligten ist (a) aus den unterschiedlichsten Gründen verschieden, und (b) wird jemand mit größerer Marktmacht sich auch einen größeren Anteil des Transaktionsgewinns sichern können. Dieser Vorteil verstärkt (c) wiederum die Marktmacht. Wir haben es hier also mit einem sich selbst verstärkenden Effekt zu tun, der dazu führt, dass die einen immer mächtiger und die anderen immer machtloser werden, bis sich die Macht in wenigen Händen konzentriert (das Monopol ist sozusagen der 'natürliche Tod' des Marktes).

Entscheiden Angebot und Nachfrage über die Einkommensverteilung, so zeigen sich folgende beiden Probleme:

1. Der Markt entlohnt nicht den Einsatz bei der Arbeit, sondern den Wert der Arbeitskraft, und der hängt vom Nutzen ab, den potentielle Käufer davon haben können. Wir haben aber Menschen, die sich bezüglich Ihrer 'Nützlichkeit' und Verhandlungsmacht (u.U. stark) unterscheiden (aufgrund von Begabung, Ausbildungen, sozialer Lage, Verhandlungsgeschick, Raffinesse, Aggressivität, etc.). Die in dieser Hinsicht 'Überlegenen' werden am Markt erfolgreicher sein, und sie werden ihren Erfolg nutzen, um ihren Vorteil weiter auszubauen. Das Ergebnis ist eine stark differenzierte Einkommensverteilung, die durch nichts mehr zu rechtfertigen ist, jedenfalls sicher nicht durch den Einsatz bei der Arbeit.
2. "Auf dem Markt wird mit der Brieftasche abgestimmt. Die Präferenzen der Menschen werden mit dem dahinter stehenden Vermögen gewichtet" (PAR. 5.63). So "bewertet man die Leistung eines Schönheitschirurgen, der die Nasen von Hollywoodstars umformt, höher als die eines Familienarztes, der in der Provinz von Oklahoma armen Bauernkindern das Leben rettet" (PAR. 5.64). Dies ist nicht nur ungerecht, sondern unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Nützlichkeit eine Fehlallokation ökonomischer Ressourcen (s.u., 'Effizienz').

## *Solidarität*

Zur Solidarität ist eigentlich nicht viel zu sagen. Die entsolidarisierende Wirkung des Marktgeschehens liegt eigentlich auf der Hand. Die Marktteilnehmer stehen in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Kooperation wird "nicht nur erschwert, nämlich durch das Fehlen konkreter Informationen über soziale Verbindungen und Auswirkungen, sondern sie wird durch den Konkurrenzdruck geradezu irrational. Weder Käufer noch Verkäufer können es sich leisten, Rücksicht aufeinander zu nehmen. Man kann keine Solidarität zeigen, denn erstens weiß man nichts voneinander, und zweitens würde man sich selbst dadurch schaden" (PAR, 5.69).

## *Selbstbestimmung*

Kollektive Selbstbestimmung setzt gleiche Machtverteilung voraus. Wir haben aber oben gesehen, wie der Markt dazu tendiert, Macht in den Händen weniger zu konzentrieren. Überdies fördert der Konkurrenzdruck die Entwicklung hierarchischer Formen der Arbeitsteilung in den Betrieben, weil sich auf diese Weise die Anpassung der Betriebe an die Marktanforderungen besser durchsetzen lässt. Jede Firma, die sich am Markt behaupten will, muss "um Marktanteile kämpfen, Kosten drücken und Erträge steigern, um Investitionsmittel zu verdienen. Wenn ihr das nicht gelingt und sie gegenüber ihren Konkurrenten zurückfällt, wird sie immer mehr in die Verlustzone geraten und schließlich aufgeben müssen. In einer Marktwirtschaft überlebt man eben nur, wenn man Überschüsse erwirtschaftet. Dies geschieht vor allem dadurch, dass man die Arbeitskosten reduziert und aus dem vorhandenen Personal mehr Leistung heraus presst" (PAR, 5.72), und das geht eben am besten mittels eines hierarchischen Organisationsaufbaus. Damit aber, das haben wir oben gesehen, wird kollektive Selbstbestimmung praktisch unmöglich.

## *Effizienz*

Hier gewinnt nun aber die Marktwirtschaft, denn Effizienz ist doch ganz klar die Paradedisziplin der Marktwirtschaft. So sollte man denken. Aber da hat man die Rechnung ohne Michael Albert gemacht.

Der Konkurrenzdruck der Märkte zwingt die Betriebe zur Steigerung ihrer Erträge. Ein Weg dies zu erreichen ist die Erhöhung der Produktivität durch Entwicklung und Einführung neuer, effizienterer Produktionsverfahren. Diese positive Auswirkung des Konkurrenzprinzips war für Adam Smith u.a. Anlass, vom Wirken der 'unsichtbaren Hand' des Marktes zu sprechen. Es gibt jedoch eine andere Möglichkeit die Erträge zu steigern, die sich erst in letzter Zeit wissenschaftlicher Aufmerksamkeit erfreut. Sie wird analog als der 'unsichtbare Fuß' bezeichnet. Es ist "das gesellschaftlich kontraproduktive, wenngleich marktgerechte Verhalten, Kosten auf andere abzuschieben" (PAR, 5.74). Beispiele wären Kosten der Umweltverschmutzung, des Klimawandels, Krankheitskosten oder Kosten der Müllentsorgung. Möglich ist diese 'Externalisierung' von Kosten, weil an einer Markttransaktion nur die unmittelbar Betroffenen, KäuferIn und VerkäuferIn, beteiligt sind, während alle mittelbar Betroffenen keinen Einfluss haben.

Die Externalisierung von Kosten, aber auch die Vernachlässigung positiver 'Nebenwirkungen' bestimmter Produkte, führt zu verzerrten Preisverhältnissen und damit zu einer Fehlallokation produktiver Ressourcen. "Werden infolge vernachlässigter negativer Effekte gewisse Güter zu billig angeboten, so steigt dort die Nachfrage ebenso, wie sie im Falle übersehener positiver Effekte und dadurch überhöhter Preise sinken wird (PAR, 5.77). Das aber "ist gesamtgesellschaftlich irrational und ineffizient, erhöht es doch die Nachfrage nach Gütern, die bereits ungerechtfertigter Weise in Überzahl produziert werden, und bremst die Nachfrage nach Produkten, von denen es eigentlich mehr geben müsste" (PAR, S.77f).

Ein weitere Form der Fehlbewertung von Produkten durch den Markt klang bereits bei der Diskussion der Einkommensgerechtigkeit an: Am Markt wiegen die Präferenzen der Zahlungskräftigen stärker, als die der Mittellosen. Das geht soweit, dass Bedürfnisse von Leuten, die gar kein Geld haben, überhaupt nicht mehr sichtbar sind. Auch dies führt gesamtgesellschaftlich zur Fehlallokation ökonomischer Ressourcen.

Schließlich sei auf eine dritte Form systematischer Fehlallokation durch den Markt hingewiesen. Es ist die Bevorzugung des individuellen gegenüber dem kollektiven Konsum. "Die steuernden, anreizenden und zuordnenden (allokativen) Eigenschaften der Marktwirtschaft sind dergestalt, dass Bedürfnisse, die zu ihrer Befriedigung eher gesellschaftliche als individuelle Aktivitäten erfordern, nur mit Schwierigkeiten identifiziert, formuliert oder entwickelt werden können. (...) Aus den Allokationen folgt eine Unterversorgung mit kollektiven, hingegen eine Überversorgung mit individuellen Gütern. Die Marktteilnehmer werden genötigt, sich Bedürfnissen, zu deren Befriedigung eine gesellschaftliche Koordination stattfinden muss, abzugewöhnen zu Gunsten solcher Bedürfnisse, die jeder für sich regeln kann" (PAR, 5.79).

## *Parecon*

### *Gemeinschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln*

Tja, das Privateigentum an den Produktionsmitteln muss fallen, da ist nichts zu machen. Das betrifft aber natürlich nicht die private Küchenmaschinen oder den heimischen PC, obwohl man auch damit bisweilen produktiv werden kann. Es geht um betriebliches Vermögen (Aktiva), welches einzig und allein dem Zweck dient, Geld zu machen. Was mit dem Eigentumstitel passiert, wer das Eigentum übernimmt (Gemeineigentum, Kollektiveigentum, etc.) ist dabei eigentlich egal. Wichtig ist, dass aus dem Eigentumstitel kein Verfügungsrecht mehr erwächst (womit der Eigentumsbegriff natürlich vollkommen entleert, d.h. ad absurdum geführt wird). Michael Albert schreibt: "Wir betrachten also das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht mehr als wirtschaftliche Kategorie. So etwas existiert einfach nicht mehr, d.h. es spielt in der Parecon keine Rolle. Niemand kann mehr mit der Begründung: 'Mir gehören Produktionsmittel' Rechte, Befugnisse, Vermögen oder Einkommen für sich beanspruchen, die die anderen ihm nicht gewähren wollen. Es gibt in dieser Hinsicht keinen Unterschied mehr zwischen den Menschen. Das bedeutet nicht, dass dieses Eigentum lediglich in andere Hände übergeht. Die Parecon kennt diesen Begriff überhaupt nicht. Es ist verboten und verschwindet ebenso wie die Kategorie des 'Kapitalisten'. Es gibt dieses Eigentum nicht mehr, also gibt es auch keine Eigentümerklasse - eben die der Kapitalisten - mehr. Die Menschen sind in dieser Beziehung völlig gleich. Es gibt auch keine Bevölkerungsgruppe mehr, die im Staatsauftrag die Produktionsmittel verwaltet. Das ganze Prinzip, seine ganze Dynamik verschwindet" (PAR, 5.91). Nun, so soll es sein. Mal sehen, wie wir das hin bekommen.

## *Räte*

Die wichtigsten Institutionen der Parecon sind die ArbeiterInnen- und VerbraucherInnenräte. Hierin zeigt sich Michael Alberts grundsätzliche Zuneigung zu den Prinzipien der Basisdemokratie (Selbstbestimmung und freie Assoziation). Die Räteysteme sind von unten nach oben aufgebaut, die Mitglieder der übergeordneten Räte sind mit imperativem Mandat ausgestattete Vertreter der Basisorganisationen. Jeder Mensch ist in beide Räteysteme eingebunden, jeweils in seiner Rolle als ProduzentIn oder KonsumentIn. Die beiden Räteysteme sind symmetrisch angeordnet, in ihrer Interaktion entfaltet sich der basisdemokratische ('partizipative') Planungsprozess. Beide Seiten stehen in einem prinzipiellen Interessenwiderspruch (viel und hochwertig konsumieren auf der einen, wenig



arbeiten auf der anderen Seite), da jedoch jeder Mensch in beiden Räte-Systemen vertreten ist. bleibt dies ein innerer Widerspruch und mündet nicht in einen Antagonismus unterschiedlicher Personengruppen.

### *ArbeiterInnenräte*

"Oberstes Machtorgan in jedem Parecon-Betrieb sind die ArbeiterInnenräte. Darin haben alle im Betrieb Beschäftigten gleiche Rechte und Pflichten, insbesondere gleiches Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht" (PAR, S.93). Das System der ArbeiterInnenräte baut sich von unten auf, angefangen bei den Arbeitsgruppen, über Abteilungs- und Betriebsräte bis zu Branchenräten für überbetriebliche Fragen. Jeder Rat organisiert und entscheidet alles autonom, was ausschließlich seinen Bereich betrifft. Nur übergreifende Fragen werden in übergeordneten Räten verhandelt. Entschieden wird unter der Maßgabe, dass jede/r nach dem Maß der eigenen Betroffenheit an der Entscheidung beteiligt ist, die Details der Entscheidungsfindung werden von den Räten selbst bestimmt.

### *VerbraucherInnenräte*

Anders als in der Marktwirtschaft ist der Konsum in der Parecon keine reine Privatsache. "Welche Farbe mein Oberhemd hat, geht nur mich (...) etwas an. Die Büsche vor meinem Haus interessieren die Bewohner (...) Die Qualität der Geräte auf dem Kinderspielplatz ist wichtig für alle, die dort leben. Wie viele Bücher die Stadtbibliothek oder wie viele LehrerInnen die Grundschule hat, betrifft das ganze Viertel. Ob die Busse und U-Bahnen pünktlich und häufig genug verkehren, interessiert die ganze Stadt. Auf welcher Seite einer Wasserscheide eine Mülldeponie entsteht, kann für ganze Regionen wichtig sein. Die - richtig verstandene - nationale Sicherheit betrifft alle Staatsbürger. Und da der Schutz der Ozonschicht Sache der gesamten Menschheit ist, tangiert die Auswahl meines Deosprays auch mehr Leute, als etwa die Farbe meines Oberhemdes" (PAR, S.94).

Es geht also nicht nur darum, den kollektiven Konsum zu organisieren. Es geht auch darum, die 'Seiteneffekte' des individuellen Konsums angemessen zu berücksichtigen. Daher sind auch die VerbraucherInnen in Räten organisiert, "gestaffelt auf der Ebene der Familie oder des Haushalts, der Wohneinheit, des Wohnviertels, des Stadtteils, des Stadt- oder Landkreises, der Provinz oder Region, des Bundesstaates bis hinauf zum Nationalen Rat" (PAR, S.94).

In den Räten wird aber nicht nur aus einem vorhandenen Produktangebot ausgewählt, sondern es werden auch (qualitative) Informationen über Produkte und Produktionsverfahren beschafft und bewertet, um festlegen zu können, was überhaupt produziert werden soll und welchen sozialen, ökologischen und qualitativen Anforderungen die Produktion genügen soll.

### *Exkurs: Konsens oder Mehrheit?*

Bezüglich der konkreten Form der Entscheidungsfindung in den Räten legt Michael Albert sich nicht auf ein bestimmtes Verfahren fest. "Die Parecon legt nicht von vornherein oder institutionell fest, wie Produktions- und Konsumententscheidungen zu Stande kommen sollen - ob durch Konsens, durch Mehrheitsvotum oder wie auch immer. Vielleicht verlangen die Leute durchweg nach Konsens, vielleicht häufig, vielleicht nur ab und zu; das ist ihre freie Entscheidung. Die Parecon schreibt lediglich vor, dass sie einen Weg finden, um ohne übertriebenen Zeit- und Arbeitsaufwand sicherzustellen, dass alle in der Gesellschaft bei jeder Entscheidung um so mehr Mitspracherecht besitzen, je stärker sie davon betroffen sind" (PAR, S.95).

## *Tätigkeitsbündel*

"Die Räte mögen formal demokratisch organisiert sein, doch wenn der eine Arbeiter tagtäglich einer geistig und körperlich abstumpfenden Beschäftigung nachgehen muss, während der andere sich spannenden und aufbauenden Aufgaben widmen darf, die seinen Geist schärfen und noch dazu seine Entscheidungsfähigkeit mit wichtigen Informationen stärken, dann würde jeder an der Realität vorbeigehen, der behauptete, die beiden könnten Entscheidungen in gleichem Maß beeinflussen. Demokratische Räte schaffen nur die Voraussetzungen zur Teilhabe und gleichberechtigten Mitsprache bei Entscheidungen; doch wenn man an die unterschiedlichen Langzeitwirkungen der täglichen Arbeitssituation auf das Urteilsvermögen denkt, dann erscheint ein Ausgleich unerlässlich. Mitarbeiter, die regelmäßig mehr Verantwortung tragen und über mehr Informationen verfügen, werden notwendigerweise ihre Umgebung beherrschen und sich in diesem Sinne zu einer 'Koordinatorienklasse' entwickeln, selbst wenn sie in demokratischen Räten agieren und keinerlei Eigentumsrechte an Produktionsmitteln besitzen" (PAR, S.102f).

Es handelt es sich dabei nicht um ein Randproblem, sondern was Michael Albert hier beschreibt, muss man als 'missionskritisch' einstufen: Findet man für dieses Problem keine gute Lösung, steht das gesamte Konzept in Frage.

Glücklicherweise (wer hätte daran gezweifelt) hat er eine Lösung anzubieten. Sie nennt sich 'Ausgeglichene Tätigkeitsbündel'. "Wer einen Teil des Tages oder der Woche eine besonders unangenehme oder entfremdete Tätigkeit erledigen muss, soll zu anderen Zeiten mit einer angenehmeren, erfüllenderen Aufgabe betraut werden. Niemand soll ausschließlich stupide oder aber anregende Arbeit verrichten. Statt dessen sollten alle Tätigkeiten so zu Bündeln zusammengefasst und zugeordnete werden, dass für jedermann eine etwa vergleichbare Arbeitsplatzqualität gegeben ist" (PAR, S.103).

Michael Albert geht davon aus, dass sich die einzelnen Tätigkeiten, aus denen sich ein Job zusammensetzt, nach dem Grad ihrer Stupidität resp. Erbaulichkeit klassifizieren lassen. Heutige Jobs sind so zusammengesetzt, dass ihre Tätigkeiten alle ungefähr den gleichen Wert auf einer entsprechenden Skala aufweisen würden. Dies müsste man dahin gehend ändern, dass jeder Job hochwertige und geringwertige Teiltätigkeiten in der Weise kombiniert, dass sich am Ende ein gesellschaftlicher Durchschnittswert ergibt. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, eine höhere oder geringen Belastung auszugleichen (das könnte man auch über das Einkommen erreichen, s.u.). Es geht im wesentlichen darum, die persönlichkeitsbildenden Aspekte der Arbeit (Kreativ- und Entscheidungsfunktionen) in ihrer Bedeutung zu würdigen.

Da es natürlich Betriebe bzw. Branchen gibt, die vom gesellschaftlichen Durchschnittswert nach oben oder unten abweichen, müssen die Tätigkeitsbündel auch betriebs- bzw. branchenübergreifend ausgeglichen werden: Während ich am Vormittag in der Uni einen Vortrag über Michael Albert halte, putze ich am Nachmittag das Schwimmbad, etc.

## *Entlohnung nach Einsatz*

"Wir haben weiter oben die verschiedenen Aspekte der Gerechtigkeit erörtert und dabei festgestellt, dass die Arbeitsfähigen nach dem Maß ihres Einsatzes bei der Schaffung des Sozialprodukts entlohnt werden sollen, während die Übrigen angemessen - d.h. am gesellschaftlichen Durchschnitt und ihren speziellen Bedürfnissen orientiert - zu versorgen sind" (PAR, S.110f). "Dieser Einsatz kann sich natürlich auf unterschiedliche Weise zeigen - in längerer Arbeitszeit, in intensiverer, unangenehmerer, gefährlicher oder ungesunder Arbeit, aber auch in einer Ausbildung, die weniger Spaß macht als andere Lehrzeiten oder als normale Arbeit" (PAR, S.112).

Wie aber bemisst man Einsatz/Entbehrung konkret? Eine Möglich bestünde darin, ähnlich der Analyse der Tätigkeitsbündel die einzelnen Tätigkeiten eines Jobs zu bewerten. Da

aber ausgeglichene Tätigkeitsbündel angestrebt werden, wobei auch die jeweilige Belastung durch die Teiltätigkeiten Berücksichtigung findet, begründen sich die Abweichungen vom Durchschnittseinkommen nur noch in unterschiedlicher Arbeitszeit oder unterschiedlichem 'Arbeitseifer'. Die Arbeitszeit lässt sich leicht messen. Wie aber beurteilt man den Arbeitseifer? Michael Albert hat sich dazu detailliert Gedanken gemacht: "Eine häufig anwendbare Methode ist die folgende: Jeder erhält von seiner Arbeitsstelle eine 'Beurteilung', nach der sich sein Konsumkonto bemessen soll. Die Beurteilung könnte die im jeweiligen Tätigkeitsbündel geleisteten Arbeitsstunden bescheinigen und den dabei gezeigten Einsatz in Form eines Multiplikators ausdrücken. Bei durchschnittlichem Einsatz hätte dieser den Wert 1; Werte von 1,1 oder 0,9 drücken entsprechend höheren oder niedrigeren Einsatz aus, sei es durch mehr oder weniger Arbeitsstunden oder durch abweichende Intensität der Arbeit. (...) Manche Beurteilungen könnten sehr genau sein, wenn die Abweichungen vom Durchschnitt auf die zweite Kommastelle genau angegeben werden; in anderen Fällen gibt es vielleicht nur die drei Einstufungen 'überdurchschnittlich', 'durchschnittlich' und 'unterdurchschnittlich', verbunden mit der Verabredung, die Abweichung vom Durchschnitt als zehn Prozent zu interpretieren. Die Beurteilungen selbst könnten in einem besonderen Ausschuss erfolgen (...) oder aber in einem kompletten Rat; das bleibt der Entscheidung der Belegschaft überlassen" (PAR, S.113f). In einem Betrieb könnte man sich "darauf einigen, im ganzen Betrieb mit durchschnittlicher Intensität zu arbeiten, so dass nur die Arbeitszeiten erfasst werden müssen. (...) In anderen Betrieben legt man vielleicht gerade besonderen Wert auf ein differenziertes Beurteilungssystem, dass zu stark unterschiedlichen Löhnen führt. (...) Am wichtigsten ist aber, dass - ganz unabhängig vom jeweiligen Beurteilungssystem - die Einkommensunterschiede nie zu krass werden können, besteht doch sowohl für die Arbeitszeit, als auch für die Arbeitsintensität der einzelnen Mitarbeiter nur ein begrenzter Spielraum, selbst wenn der Betrieb hierin den Wünschen der Menschen entgegen kommt" (PAR, 5.114).

Es sollte klar geworden sein, dass es viele Möglichkeiten gibt, den Arbeitseifer zu würdigen, dass dies eine Sache der Betriebe ist und dass daraus keine großen Einkommensunterschiede hervorgehen würden. Die bisweilen anklingende 'Angst vor der Faulheit' halte ich indes für übertrieben. Sollte es tatsächlich gelingen, ein derart auf kollektiver Selbstbestimmung basierendes Wirtschaftssystem wie die Parecon zu etablieren, wird sich das Problem 'Faulheit' aller Voraussicht nach ziemlich schnell von selbst erledigen. Ich denke, die Sache würde sich, von unterschiedlichen Belastungen durch die Anforderungen der Arbeit selbst mal abgesehen, auf die Arbeitszeit reduzieren. Sollte jemand tatsächlich den Tag hauptsächlich mit Nasenbohren verbringen, würden ihm die Kollegen schon Beine machen.

### *Partizipative Planung (Allokation)*

"Im Prozess der wirtschaftlichen Allokation werden (...) die zu produzierenden Mengen sowie die gegenseitigen Tauschverhältnisse aller Inputs und Outputs bestimmt" (PAR, 5.120). Die Nachfrage der Konsumenten werden mit den Angeboten der Produzenten vermittelt. In den Marktwirtschaften wird die Allokation von den Märkten geleistet, d.h. sie vollzieht sich als ungeplanter, relativ chaotischer Prozess. In der Parecon vollzieht sich die Allokation in Verhandlungen zwischen den beiden Rätssystemen in Form einer schrittweisen Annäherung von Bedarfs- und Produktionsplänen.

### *Kommunikationsmittel*

Im marktwirtschaftlichen System stellen die Produktpreise die Verhandlungssituation am Markt da. Sie repräsentieren den am Markt erzielbaren Tauschwert des Produkts. Auch in der Parecon gibt es Preise, sie repräsentieren jedoch die 'gesellschaftlichen Opportunitätskosten' eines Produkts, d.h. den mit der Produktion verbundenen Aufwand im Verhältnis zum gesellschaftlichen Nutzen. Der Preis eines Produktes entspricht demnach

dem Wert des Wertvollsten, was man mit gleichem Aufwand an seiner Stelle hätte produzieren können.

Ein Beispiel: "Bleistifte sind zweifellos nützliche Dinge, aber je mehr wir davon haben, desto weniger ist jedes zusätzliche Exemplar wert, wenn erst ein bestimmter Punkt überschritten ist. Auch wollen wir dafür nicht soviel Arbeitskraft und Ressourcen verbrauchen, dass wir wegen des wachsenden Bleistiftberges auf Wichtigeres - etwa auf Milch - verzichten müssten. Im Idealfall würde von allem gerade soviel erzeugt, dass das letzte Stück von jedem immer gleiche Opportunitätskosten hätte. Jedes zusätzliche Exemplar hätte dieselben oder etwas höhere Opportunitätskosten, aber denselben oder einen etwas geringeren gesellschaftlichen Nutzwert. D.h. hätten wir es nicht produziert, könnten wir statt dessen etwas anderes produzieren, dass uns einen größeren Nutzen bringen würde" (PAR, S.121f).

Ich bin nicht sicher, ob ich dieses Konzept richtig verstehe und ich weiß nicht, wie man solche Preise konkret ermitteln soll. Jedenfalls sollen die Preise das Verhältnis von gesellschaftlichem Aufwand zu gesellschaftlichem Nutzen darstellen - "eine Art Kurzschrift für die relativen Kosten und Nutzen" (PAR, S.122). Sie enthalten nicht nur Herstellungskosten, sondern können auch 'Nebenwirkungen' von Produkten und politische Präferenzen abbilden. Auf diese Weise sollen sie sowohl zu einer bedarfsgerechten, wie effizienten Produktion beitragen.

Die Preise stehen nicht im Voraus fest, sondern werden während des Allokationsprozesses gebildet. Sie werden ergänzt durch qualitative Angaben zu Produktionsbedingung sowie Arbeits- und Lebensbedingungen von Produzentinnen und Konsumentinnen. "Man kann (...) darauf zurückgreifen, falls man mal verstehen möchte, warum ein bestimmter Konsum- oder Arbeitswunsch aus dem Rahmen fällt oder wie ein bestimmter Richtpreis sich erklären lässt. Außerdem lernen die Leute auf diese Weise im Laufe der Zeit die materiellen, sozialen und humanen Komponenten der einzelnen Produkte besser kennen - heutzutage kennen sie nur das Produkt selbst" (PAR, S.124).

### *Ablauf des Planungsprozesses*

Wie läuft nun der Planungsprozess konkret ab? Zunächst "legt jeder Verbraucher bzw. Verbraucherinnenrat einen Konsumplan vor: Die Einzelpersonen ihre individuellen Wünsche (Kleidung, Lebensmittel, Spielzeug etc.), die Wohngebietsräte die genehmigten Bestellwünsche ihrer Mitglieder sowie die jeweiligen kollektiven Wünsche (Schwimmbad, Parkanlage, etc.). Entsprechende Zusammenfassungen erfolgen auch auf den höheren Ebenen. (...) Analog dazu schlägt auch jeder an der Produktion Beteiligte einen Plan zur Umsetzung vor, die der Betrieb insoweit zusammenfasst, als er die vorgesehene Gesamtproduktion sowie die dafür ggf. benötigten Inputs auflistet. Die Föderationen aggregieren diese Angaben weiter und verfolgen auch evtl. Überbestände oder Fehlmengen" (PAR, S.125).

Wie geht es weiter? "Diese ersten Vorschläge enthalten im Wesentlichen eine uneingeschränkte Wunschliste der Verbraucher und ein Produktionsprogramm, bei dem auch Wünsche nach erheblichen Arbeitserleichterungen geäußert werden. (...) Ein solcher Plan ist offensichtlich unrealisierbar. Die Auswertung der Situation erfolgt dadurch, dass den Räten die Mengendiskrepanzen mitgeteilt werden. Außerdem erfahren sie, wo ihre Vorschläge im Vergleich mit denen anderer Räte einzuordnen sind. Auch die Unterstützungsbüros tragen mit überarbeiteten Richtpreisen zum Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot bei" (PAR, S.127).

"Aufgrund dieser Preisänderungen überprüfen die Verbraucher ihre Wunschlisten, wobei sie sich wahrscheinlich günstigeren Angeboten zuwenden werden (also solchen mit Überproduktion oder leichter Minderproduktion). Einzelpersonen oder Räte, deren Anforderungen den gesellschaftlichen Durchschnitt merklich übersteigen, werden ihre Listen ausdünnen oder auf billigere Produkte ausweichen, weil sie andernfalls eine

Ablehnung seitens anderer Räte befürchten müssen. Auch hierdurch ergeben sich "Gerechtigkeit und Effizienz simultan" (PAR, S.127).

"In der Arbeitswelt hingegen schaut man auf das Verhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Nutzen der jeweiligen Produkte und den gesellschaftlichen Kosten der Inputgrößen. Zeigt sich ein Missverhältnis, so werden die betreffenden Betriebseinheiten aufgefordert, entweder ihren Einsatz oder ihre Effizienz zu erhöhen oder aber Gründe für die Abweichung der Kennwerte anzugeben. Auch hier werden die Arbeiter versuchen, die Veränderungen der Richtpreise für sich nutzbar zu machen - indem sie nach billigeren Vorprodukten suchen oder aber ertragreichere Produkte ins Programm nehmen (PAR, S.127f).

"Aus jeder neuen Iterationsrunde ergibt sich ein geänderter Plan für jedes Produkt, d.h. die Gesamtwerte für Produktion und Bedarf, die Durchschnittswerte pro Kopf sowie das Kosten-Nutzen-Verhältnis für jeden Betrieb. Daraus lassen sich neue Schätzungen für die Richtpreise sowie für die durchschnittlichen Einkommen und Arbeitsvolumen ableiten, was wiederum zu Veränderungen der Konsum- und Produktionsvorgaben führt, bis sich am Ende ein realisierbarer Plan ergibt" (PAR, S.128).

## *Parecon in a box*

Michael Albert entwirft die Utopie einer Wirtschaftsordnung für eine egalitäre, postkapitalistische Gesellschaft. Wenn wir auch dieser Vorstellung zuneigen, so stellt sich jedoch die Frage: Wie kommen wir dahin? Der Verlauf der Geschichte mag hin und wieder auf Fortbildungen der SPSH konzipiert werden, aller Erfahrung nach hält sie sich jedoch nicht an unsere Vorgaben. Zur Zeit zeigt sich der Kapitalismus mächtiger als je zuvor, und selbst wenn er in absehbarer Zeit zusammenbrechen sollte, bedeutet das nicht notwendig, dass daraus etwas hervorgehen würde, was unseren Vorstellungen entspricht.

Wir gehen von der Vorstellung aus, dass die Elemente der neuen Gesellschaft im Schoße der alten entstehen und heranreifen und dass sie sich erst dann, wenn alle Elemente bereits vollständig ausgebildet sind, auch auf politischer Ebene konstituiert.

Wie also könnte man ökonomische Strukturen schaffen, welche einerseits bereits heute und bei uns unmittelbar realisierbar sind, andererseits jedoch nicht in wesentlichen Punkten hinter die Utopie zurückfallen? Wie könnte man wesentliche Elemente von Michael Alberts Vision realisieren, ohne zuvor das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen und eine neue Gesellschaftsordnung errichten zu müssen?

Meiner Meinung nach sind alle erforderlichen Elemente bereits vorhanden. Es gibt Kollektivbetriebe, es gibt Konsumgenossenschaften, es gibt Erfahrungen mit basisdemokratischer Entscheidungsfindung, es gibt Erfahrungen mit der Anpassung von Produktionsverfahren an ökologische und soziale Anforderungen, es gibt eine ausgebaute Informationsinfrastruktur (am wenigsten Erfahrung gibt es möglicherweise mit so etwas wie Alberts 'ausgeglichenen Tätigkeitsbündeln'). Wir müssen diese Elemente zusammenführen und in geeigneter Weise miteinander in Beziehung setzen.

Daraus ließe sich m.E. so etwas wie ein Mini-Parecon, ein 'Parecon in a box' (PiB) konstruieren. Ein PiB bestünde im wesentlichen aus der Kombination einer Konsumgenossenschaft als Organisationen der Verbraucher mit einer Reihe von Kollektivbetrieben als Organisationen der Produzenten. Die Konsumgenossenschaft würde mit den Kollektiven über einen durch einen basisdemokratischen Planungsprozesses ihrer Mitglieder entstandenen 'Warenkorb' in einem regelmäßigen Turnus (z.B. jährlich) verhandeln. Die Konsumenten verpflichten sich, die Waren abzunehmen, die Kollektive verpflichten sich, sie tatsächlich in der bestellten Qualität und Menge zum vereinbarten Preis zu liefern. Sowohl Konsumenten als auch Kollektive wären durch relativ langfristige

Verträge gebunden, welche zudem auf die Einhaltung der Parecon-Prinzipien verpflichten würde.

## **Kollektivbetriebe**

Es gibt inzwischen viele Unternehmen, die ihre Waren und Dienstleistungen nicht in Lohnarbeit herstellen, sondern deren Belegschaften im Kollektivarbeiten und auch kollektiv ihr Unternehmen leiten. Eine basisdemokratische Organisation entsteht hier i.d.R. zunächst spontan, erst mit der Entwicklung der internen Arbeitsteilung geraten diese Prinzipien oft unter Druck (s.u.). Andere Probleme, wie die Frage der Entlohnung, die Aufteilung der Arbeit ('Tätigkeitsbündel') oder das Problem der Fremdfinanzierung werden m.E. unterschiedlich gelöst.

Auch Kollektivbetriebe müssen jedoch am kapitalistischen Markt bestehen. Die Marktabhängigkeit (Konkurrenz, Planungsunsicherheit) übt (a) Effizienzdruck aus auf die interne Organisation (was oft dazu führt, dass zu traditionellen Formen der Arbeitsteilung und Entscheidungsfindung zurückgekehrt wird), (b) verleitet zur Selbstaussbeutung (wo u.U. eine Neupositionierung am Markt, die Entwicklung der eigenen Organisation oder eine Investition ratsamer wäre) und erzwingt (c) die Aufnahme von Fremdkapital. Weitere Probleme sind m.E. die oft mangelhaften betriebswirtschaftlichen Kenntnisse der Belegschaften sowie eine gewisse moralisch begründete Scheu davor, 'Geld zu verdienen' (d.h. sich 'marktgerecht' zu verhalten). Viele Kollektivbetriebe verschwinden daher relativ schnell wieder oder werden im Laufe der Zeit 'normalen', kapitalistischen Unternehmen immer ähnlicher. Für die Kollektive wäre (a) vor allem eine längerfristige Planbarkeit ihrer Produktion wünschenswert. Anstatt 'ins Blaue' hinein zu produzieren, müsste im Voraus feststehen, welche Produkte (einer bestimmten Qualität) in welcher Stückzahl zu welchem Preis abgenommen werden. Außerdem wären Vorabinformationen über die Notwendigkeit bzw. Akzeptanz von Produktverbesserungen und Neuentwicklungen wünschenswert. Wie langfristig eine solche Produktionsplanung sein könnte oder sollte, ist dabei natürlich von der jeweiligen Branche abhängig. Neben der Planungssicherheit wäre es (b) für Kollektivbetriebe wünschenswert, eine andere Quelle für Finanzmittel als den kapitalistischen Finanzmarkt zu haben.

An Kollektivbetriebe, die sich am Mini-Parecon beteiligen wollen, wären also die folgenden Anforderungen zu stellen:

- (a) Umsetzung der Parecon-Prinzipien in der internen Organisation: Kollektiveigentum am Betriebsvermögen, basisdemokratische Entscheidungsstrukturen, Entlohnung nach Einsatz, Arbeitsteilung in Form 'ausgeglichener Tätigkeitsbündel'
- (b) Ökologisch nachhaltige Produktion
- (c) Grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation mit anderen im PiB eingebundenen Kollektivbetrieben des gleichen Geschäftsfeldes
- (d) Abwicklung des eigenen Einkaufs über (branchenspezifische) PiBs, soweit möglich, ansonsten rekursive Anwendung der PiB-Grundsätze bei der Auswahl von Zulieferern

## **Konsumgenossenschaften**

Viele der heutigen Konsumgenossenschaften lassen sich oft kaum von kapitalistischen Unternehmen unterscheiden. Konsumgenossenschaften haben i.d.R. den Zweck, die Marktmacht ihrer 'Genossen' zu stärken. Gegenüber den Produzenten treten Sie als (mächtiger) Marktteilnehmer auf, der (wie alle) versucht, die beste Ware zum günstigsten Preis zu bekommen und zu diesem Zweck (natürlich) die Konkurrenzsituation der Anbieter

ausnutzt. Die Mitglieder der meisten Konsumgenossenschaften haben zwar formal alle Möglichkeiten, die den Mitgliedern einer Genossenschaft zustehen, sie sind aber oft nicht gut informiert, nicht sehr engagiert und ihre Mitsprache ist auch vom professionellen Management nicht unbedingt erwünscht. Ein regeres demokratisches Leben scheint es nur bei kleineren Genossenschaften zu geben, in denen (zumindest einige) Genossen ehrenamtlich administrative Aufgaben übernehmen.

Im Rahmen des Mini-Parecon (PiB) fiele der Konsumgenossenschaft die Aufgabe zu, die Konsum- und Innovationswünsche der Konsumenten zu erheben und mit den Produzenten zu verhandeln. Außerdem wäre sie der Rahmen, in dem ökologische und soziale Folgen bestimmter Konsumgewohnheiten (z.B. Lebensmittel, Drogen, Autos) diskutiert und bewertet würden, was u.U. Konsequenzen für Preis oder Verfügbarkeit solcher Produkte hätte.

Durch geeignete (basisdemokratische) Entscheidungsstrukturen wäre sicherzustellen, dass die Organisation nicht zu einer Planungsbehörde mutiert. Eine durchdachte und konsequente Trennung von 'politischen' und administrativen Funktionen wäre erforderlich, die 'politischen' Entscheidungen wären entweder durch Referenden oder durch gewählte (oder per Los bestimmte), rotierende (ehrenamtliche) VertreterInnen zu treffen. Eine möglichst weitgehende Transparenz aller Entscheidungen und administrativen Abläufe (Planungsunterlagen, Sitzungs- und Verhandlungsprotokolle) wäre anzustreben, damit die Vorgänge jederzeit für jede/n Genossin nachvollziehbar sind. Soweit die Größe der Genossenschaft das zulässt, wäre ein Aufbau aus lokalen und regionalen Sektionen anzustreben. Um die Beteiligung der GenossInnen sicherzustellen, könnte man möglicherweise sogar über eine Art von Mitwirkungspflicht nachdenken.

## *Allokation*

Jede/r KonsumentIn legt eine Budget fest und erstellt eine Art 'Wunschzettel'. Anhand von Preislisten können Wunschliste und Budget aufeinander abgestimmt werden, der 'Wunschzettel' dient jedoch eher der Bedarfserhebung, als dass er als Bestellung zu verstehen wäre. Lokale oder regionale Gruppen könnten gemeinsam genutzte Produkte bestellen. Für bestimmte Produkte ist der individuelle Verbrauch wahrscheinlich schlecht zu planen (z.B. Dinge, die notwendig, aber unerwünscht sind, wie die Reparatur des PCs), hier müsste ein freies Budget eingeplant und der Bedarf anhand des letzten Verbrauchs hoch gerechnet werden. Durch Erhebungen unter ihren Mitgliedern zur Produktqualität kann die Konsumgenossenschaft weitere Kriterien für die Bedarfsplanung erhalten.

Auf Basis dieser Vorgaben tritt die Konsumgenossenschaft in Verhandlungen mit den im PiB organisierten Kollektivbetrieben ein. Hier werden die konkreten Mengen, Preise und Qualitäten der Produkte ausgehandelt. Die einzige Vorgabe für diese Verhandlungen ist, dass man in einer bestimmten Zeit zu einer Einigung kommen muss, da sowohl die Konsumgenossenschaft, als auch die Kollektivbetriebe durch langfristige Verträge aneinander gebunden sind. Diese Verträge müssten so gestaltet sein, dass ein Ausstieg mit relativ hohen Kosten für beide Seiten verbunden wäre (z.B. durch Vertragsstrafen, lange Kündigungsfristen o.ä.) und daher nur in Erwägung gezogen wird, wenn gar nichts mehr geht.

Das Resultat der Verhandlungen wird den Konsumentinnen vorgelegt und durch ein Referendum bestätigt oder abgelehnt (in diesem Fall muss nachverhandelt werden). Mit der Absegnung der Bedarfsplanung sind die Budgets für die Konsumentinnen verbindlich und können 'abgefrühstückt' werden (individuelle Umschichtungen der Konsumwünsche wären möglich, solange sie sich genossenschaftsweit gegenseitig aufheben, dieses Problem müsste man im Auge behalten). Auch für die Kollektive sind die eingegangenen Lieferverpflichtungen natürlich verbindlich.

In welchen Formen die Distribution stattfinden könnte, hängt von der Größe der Organisation und der Art der Produkte ab. Am einfachsten ließe sich sicher ein Web-basierte Lösung umsetzen, bei der die Waren vom Hersteller zugeschickt oder ausgeliefert werden. Bei ausreichender 'Masse' wären natürlich auch Läden denkbar.

### *Investitions-, Versicherungs- und Sozialfonds*

Sowohl die Konsumgenossenschaft, als auch die Kollektive müssen Rücklagen bilden, um Risiken absichern und auf unerwartete Entwicklungen reagieren zu können. Die Betriebe benötigen außerdem Investitionsmittel zu fairen Konditionen (möglich geringer Zins, keine kapitalistische Einflussnahme auf die Betriebsführung) und Rücklagen für die Krankheits- und Alterssicherung ihrer Belegschaften. Hierfür wären geeignete Fonds zu schaffen.

### *KonsumentInnen?*

Am Ende des Tages stellt sich nun noch eine letzte, aber entscheidende Frage: Haben wir die Rechnung ohne den Wirt gemacht? Was sollte Erna und Otto Normal dazu bewegen, Genossen unserer Mini-Parecon-Konsumgenossenschaft zu werden? Die Produkte werden möglicherweise hohen ökologischen und sozialen Standards genügen, billiger werden sie jedoch wahrscheinlich nicht sein. Erna und Otto können zwar als Genossen Auswahl und Qualität der Produktpalette sowie die Entwicklung neuer Produkte direkter beeinflussen, dafür müssen sie jedoch auch Zeit aufwenden. Und sie müssen einen relativ großen Teil des ihnen zur Verfügung stehenden Geldes verbindlich und recht langfristig verplanen.

Etwas anders stellt sich die Situation dar, wenn Erna und Otto selbst in einem der eingebundenen Kollektivbetriebe arbeiten. Dem Verlust an Flexibilität als KonsumentIn steht dann ein Gewinn an sozialer Sicherheit als Produzentin gegenüber. Den u.U. höheren Produktpreisen steht mehr Selbstbestimmung, interessantere Arbeit und weniger Stress gegenüber. Diejenigen also, die in den vom Zwang der Lohnarbeit und vom Druck des Marktes entlasteten Betrieben arbeiten, sollten auch die 'natürlichen' Unterstützerinnen der anderen Seite des Systems sein. Und das sind, so finde ich, für den Anfang vielleicht schon gar nicht so wenige.

### *Literatur*

PAR Albert, M.: Parecon - Leben nach dem Kapitalismus, Grafenau/Frankfurt a.M. 2006